

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

2.5.1901 (No. 119)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 2. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

N^o 119.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 22. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Revisionsvorstand beim Oberschulrath, Oberrechnungs-rath Paul Vambinus, das Ritterkreuz zweiter Klasse höchsten Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Amtmann Alexander Schaible in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Königlich Preussischen Rothen Adler-Ordens vierter Klasse zu ertheilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. April d. J. gnädigst geruht, den Vorstand der Evangelischen Kirchenbauinspektion Karlsruhe, Kirchenbauinspektor Rudolf Burckhardt, zum Baurath zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. April d. J. gnädigst geruht, den Professor Dr. Leonhard Sadée am Gymnasium in Freiburg auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Kapitalsteuer und Steuerreform in Elsaß-Lothringen.

Strasburg, 1. Mai.

Nach dreiwöchentlichen Beratungen hat die Spezialkommission des Landesauschusses für die Steuerreformgesetze nunmehr ihre Arbeit zu einem glücklichen Ende geführt, indem sie die drei Gesetzentwürfe über die Kapitalsteuer, die Lohn- und Besoldungssteuer und über die Verwendung der Erträge dieser Steuern annahm. Die Kommission hat jedoch bei der Kapitalsteuer den von der Regierung vorgeschlagenen Steuersatz von 3 Proz. auf 3½ Proz. erhöht, hingegen bei der Grundsteuer den Satz auf 3½ Proz. ermäßigt. Bei der Gebäudesteuer bleibt der Satz von 4 Proz. bestehen. Bei der Lohn- und Besoldungssteuer ist der gleiche Satz von 1,90 Proz. mit einer degreßiven Scala nach unten wie bei der Gewerbesteuer festgesetzt, gleichzeitig aber sollen fernerhin die unteren Stufen der Gewerbesteuer und der Lohn- und Besoldungssteuer bis zu dem Ertrage von 700 M. von der Staatssteuer befreit sein. Die Personal-Mobiliensteuer wird aufgehoben.

Schon aus diesen kurzen Andeutungen ergibt sich, daß in der Spezialkommission und somit im Landesauschusse, dessen getreues Abbild jene Kommission ist, kapitalistische Tendenzen nicht vorherrschend sind und daß also der dem Landesauschusse vielfach gemachte Vorwurf eines engherzigen Interesses verfolgenden „Rentnerparlaments“ ein unbegründeter und unbedeutender ist. Eher darf man sagen, daß in den Beschlüssen der Kommission eine gewisse agrarische Neigung zu Tage tritt, allein der ausgeprochen Zweck der neuen Steuerreform zielt überhaupt hin auf eine Entlastung der Landwirtschaft und auf die Herbeiführung einer Steuerausgleichung. Die Landwirtschaft wird denn auch in der That in einer sehr erheblichen Weise entlastet werden: die Ermäßigung der heutigen Grundsteuerbelastung von 5 Proz. auf 3½ Proz. bedeutet eine Herabsetzung der Grundsteuer um drei Zehntel, d. i. ein Verzicht auf drei Zehntel der Jahreseinnahmen von 3 128 000 M. (Kontingent für 1901) = rund 930 000 M.; ferner wird sich durch die Einführung eines gleichen Satzes für die Erhebung der Bezirkszuschläge von den verschiedenen Steuern für die Grundsteuer ein Weniger von ungefähr 700 000 M. gegen die bisher erhobenen Beträge ergeben; außerdem partizipiert die Landwirtschaft noch an der Ermäßigung der Gebäudesteuer um ein Neuntel, sowie an dem Fortfall der Personal-Mobiliensteuer in nicht unbedeutendem Maße. Der Satz von 3½ Proz. dagegen erscheint bei einer neu einzuführenden Steuer wie die Kapitalsteuer immerhin ein nicht gering bemessener.

Die Hauptsache aber ist, daß die bisherige Steuerfreiheit des beweglichen Kapitals jetzt auch in Elsaß-Lothringen aufgehoben und damit eine steuerliche

Ungleichheit beseitigt wird, die sich heute nicht mehr rechtfertigen läßt. Wenn nun der Landesauschusse sich dieser Einsicht nicht verschloß und wenn die Kommission, wie verlautet, ihre Beschlüsse bezüglich der Kapitalsteuer nahezu einstimmig faßte, so kann dem Landesauschusse dabei die Anerkennung nicht versagt werden, daß er mit staatsmännischem Blick den einmal als notwendig erkannten Schritt rasch und rückhaltlos thut. Es darf auch nicht verkantet werden, daß die Großkapitalisten und reichen Industriellen im Landesauschusse — und deren Zahl ist bekanntlich eine nicht geringe — persönliche Interessen den Interessen der Allgemeinheit bereitwillig und ohne Zaudern hintanstellen und aufopfern. Der Landesauschusse zeigt sich somit in dieser Frage auf der Höhe seiner Aufgabe. Daneben jedoch gebührt dem Leiter der reichsländischen Finanzen, Unterstaatssekretär v. Schraut, das Verdienst, die Steuerreform in Elsaß-Lothringen mit umsichtiger Klugheit eingeleitet und nach mühevoller Ueberwindung zahlreicher Hindernisse und zugleich unter Schonung gegebener Verhältnisse vorsichtig Schritt für Schritt durchgeführt zu haben, so daß die Einführung der Kapitalsteuer jetzt gleichsam die Krönung des Gebäudes bildet. Herr v. Schraut hat es verstanden, die Umänderung des alten französischen Systems der direkten Steuern, welches die deutsche Verwaltung hierzulande vorfand, in einer deutschen Anschauungen entsprechenden Weise und auf der Grundlage einer gerechteren Vertheilung der Steuerlast herbeizuführen. Gute und gerechte Steuern sind gute Politik!

Die Politik des Kardinals Rampolla.

Z Rom, 28. April.

Heute wurde von einem hiesigen Blatt, das sich durch Sensationsnachrichten auszeichnet, die Nachricht verbreitet, Kardinal Rampolla habe demissionirt und sei durch Kardinal Ferrata als Staatssekretär ersetzt worden. Wie sich für jeden Kenner der Verhältnisse von selbst versteht, ist an diesem Gerücht kein wahres Wort. Vor zehn Jahren vielleicht wäre es möglich gewesen, aber ein mehr als 90-jähriger Papst trennt sich nicht von seinem langjährigen Rathgeber.

Indes mag von diesem Gerücht Anlaß genommen werden, der sehr wohl unterrichteten Zeitung „Italia“ einen Artikel über die Politik des Kardinals Rampolla zu entnehmen. „In den kirchlichen Kreisen findet man kein Ende mit Kommentaren über die ersten Ereignisse in Frankreich, Spanien und Portugal und über die zahlreichen und einander unaussprechlich folgenden Unglücksfälle, welche die Politik des Kardinal-Staatssekretärs treffen. Es wäre ungerath, und nur die Sucht, anzuschwärzen könnte so weitgehen, den gegenwärtigen Staatssekretär in vollem Umfang für die wüthende Entfesselung des Antiklerikalismus verantwortlich zu machen, der in den romanischen Ländern zu Tage tritt, aber — so darf man wohl fragen — konnte man diese Bewegung gegen die Kongregationen nicht voraussehen und, wenn das geschehen wäre ihr zuvorkommen und Einhalt thun? Dies ist die Ansicht vieler unparteiischen Leute und gerade deshalb meinen diese, weil die Politik des Kardinals Rampolla nicht vorausgesehen und vorzubeugen verstand, sei sie fehlerhaft. Es ist unbestreitbar, daß in vielen Ländern die Kongregationen seit einigen Jahren zum Nachtheil des Weltklerus und der wahren Interessen der Kirche eine maßlose und anomale Ausdehnung erreicht haben, die naturgemäß über kurz oder lang zu einer Reaktion führen mußte. Es ist nicht minder gewiß, daß einige dieser Kongregationen, statt sich ausschließlich den apostolischen und charitativen Werken zu widmen, sich zu einer außerkirchlichen Wirksamkeit und zu politischen Demonstrationen haben hinreißen lassen, die weder ihrer Mission noch ihrem Charakter entsprachen. Hätte der Vatikan diese Mißbräuche abgestellt und wäre er rechtzeitig dagegen energisch eingeschritten, hätte er vielleicht die gegenwärtige Agitation zu verhindern vermocht, jedenfalls hätte sie keine so schroffe Gestalt angenommen.

Was ist denn in Wahrheit der Ursprung des Krieges, den man jetzt den Orden macht und der von Frankreich sich auf die angrenzenden Länder verbreitet hat? Es ist die unkluge Beteiligung von zwei oder drei Kongregationen an der Agitation der Dreyfusgegner. Als die Affaire Dreyfus in ihrer höchsten Entwicklung sich befand, wie oft hat man da an die Gesahr erinnert, die für die Kirche und die Katholiken darin lag, daß man sie für diesen so ungeschickt geführten Feldzug solidarisch haftbar

erklärte! Wie oft wurde, nach der Liquidation der Affaire Dreyfus, vorhergesagt, daß die Katholiken und vor allem die Kongregationen die Beche würden zahlen müssen!

Die päpstliche Diplomatie hätte zweifellos eine Probe von Voraussicht und Scharfsinn abgelegt, hätte sie diesen Warnungen Rechnung getragen und es verstanden, in den damaligen Ereignissen die Keime der gegenwärtigen Agitation zu erkennen. Weil sie aber den Scharfblick oder die Energie nicht besaß, die hierzu erforderlich war, sieht sich heute das Staatssekretariat in Frankreich, in Spanien, und Portugal in eine so schwierige und unklare Lage versetzt. In der That, man kann kaum die schwachen Seiten dieser Lage noch übertreiben. Die Diplomatie Leo's XIII. hat zehn Jahre lang — während der schönen Tage des gegenwärtigen Pontificats, vor Rampolla Staatssekretär war — es verstanden, gut zu machen, was in den letzten unglücklichen Zeiten Pius' IX. versetzt worden war und die guten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den Staaten Europas wiederherzustellen.

Nach zehnjährigen Anstrengungen hatte sie dieses Ziel erreicht und heute ist die ganze erfolgreiche Arbeit wieder zerstört. Das ganze während zehn mühseligen und anstrengenden Jahren aufgeführte Gebäude ist im Begriff einzustürzen. Wenn in diesem Augenblick ein Conclave zusammenträte, würde sich der Nachfolger des jetzigen Papstes in eine Lage versetzt sehen, die viel peinlicher und viel schwieriger wäre als jene, in der sich Leo XIII. beim Beginn seines Pontificats befand. Das ist die Wahrheit — so schließt die „Italia“ ihre Ausführungen — „und indem wir sie sagen, wiederholen wir nur in abgeschwächter Form den beinahe einstimmigen Wehgeschrei der kirchlichen Kreise Roms, die selbständig zu denken vermögen.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. April.

Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes über die privaten Versicherungsunternehmungen.

§ 121 der Kommissionsfassung hebt die landesrechtlichen Vorschriften auf, welche den Abschluß von Feuerversicherungen von der vorgängigen polizeilichen Genehmigung abhängig machen, sowie diejenigen, wodurch der unmittelbare Abschluß von Feuerversicherungen mit solchen Vertretungen verboten ist, die sich nicht im Staatsgebiet befinden. Unberührt bleiben die Verpflichtungen, die nach dem Stande vom Jahre 1901 den Feuerversicherungen in den Bundesstaaten obliegen. Die Regierungsvorlage zu § 121 läßt die erwähnten landesrechtlichen Vorschriften unberührt. Der Antrag Richter zu § 121 will: 1. den letzten Absatz der Kommissionsfassung aufheben; 2. den Zusatz machen, wonach alle für Betriebe von den Versicherungen zu entrichtenden Angaben sowie die Berechtigung zur Auflegung solcher Abgaben aufgehoben werden.

Abg. Gamp (Reichsp.) gibt zu, daß die bisherigen Zustände in Preußen vielfach ungenügend für diejenigen seien, welche einer Versicherung betreten wollen. Dagegen sei eine Präventivkontrolle für das ganze Land sehr nützlich. Es wäre unrichtig, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Staatssekretär Graf Posadowsky schließt sich dem Vordränger an, als an kleinen Orten die Polizei durch genaue Kenntniß der Verhältnisse sehr nützlich gegen Ueberversicherungen wirken könne. In diesem Sinne sei eine Präventivkontrolle eine werthvolle Waffe gegen Brandstiftungen.

Abg. Spahn (Centr.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Richter (freis. Volksp.) befreit entschieden, daß nach Fassung des § 121 die Polizei das Recht hat, die Gültigkeit des Versicherungsvertrages in Frage zu stellen und auf die Herausgabe der Summe zu dringen.

Geb. Rath Källin erörtert die Vorzüge der landesrechtlichen Präventivkontrolle.

Abg. Büsing (nat.-lib.) hält es für einen Irrthum, daß die Präventivkontrolle eine Sicherheit gegen Brandstiftung bietet. Seine Partei stimmt für die Kommissionsbeschlüsse. Wünschenswerth wäre eine einheitliche Regelung der Besteuerung der Versicherungsgesellschaften.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Franken und Richter werden sämtliche Anträge abgelehnt und § 121 in der Kommissionsfassung angenommen.

Abg. Richter (freis. Volksp.) beantragt einen § 121a, der die Doppelbesteuerung der Policen beseitigen soll. Er führt aus, dieser Antrag berühre nicht das Verhältniß der Landes- und Reichsgesetzgebung, sie wolle einfach den allgemein empfundenen Uebelstand kurzer Hand beseitigen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Hierauf wird der Rest des Gesetzes, sowie die Resolution der Kommission auf Vorlegung eines Gesetzes über die privatrechtliche Seite des Versicherungswesens angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das Urheberrecht, die mit dem Gesetzentwurf betreffend Verlagsrecht verbunden wird.

Eine Anzahl der in der zweiten Lesung abgelehnten Anträge ist wieder eingebracht, darunter betreffend Ausdehnung der Schutzfrist auf 50 Jahre.

Abg. Müller-Meinungen (freis.) meint, mit dem literarischen Urheberrecht könne man zufrieden sein, aber was die Werke der musikalischen Autoren betrifft, gab sich der Reichstag Mühe, ein Gesetz gegen sie zu schaffen. Die Komponisten werden durch dieses Gesetz schlechter gestellt als bisher.

(Mit einer Beilage.)

Abg. Dertel (kons.) meint, die Frage der Duellen-angabe bei den vermischten Zeitungsnachrichten sei wohl etwas aufgebauert worden, ebenso die Frage der Verlängerung der Schutzfrist, obwohl er entschieden für die letztere eintrete. Die Bevorzugungen der mechanischen Instrumente sei höchstens vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu verstehen. Innerlich begründet sei sie nicht. Ebenfalls lasse sich logisch die Ausnahmestellung der Gesangsvereine verantworten. Seine Partei trete für die Verlängerung der Schutzfrist ein, werde aber, wenn auch diese Bestimmung fiele, doch für das Gesetz stimmen.

Abg. Vogel (Reform.) spricht seine Freude darüber aus, daß die Schriftsteller, die bisher ausgebeutet wurden, durch dieses Gesetz geschützt werden. Für die Komponisten thue das Gesetz zu wenig.

Abg. Dieß (Soz.) anerkennt die nicht unerheblichen Fortschritte der Beschlüsse der zweiten Lesung an. In der Frage der Schutzfrist sei seine Partei nach wie vor der Ansicht, daß 30 Jahre vollaus genügen. Seine Partei habe es für ihre Pflicht gehalten, den Antrag betreffend Befreiung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse auch jetzt wieder einzubringen.

In der Spezialdiskussion werden §§ 1 bis 10 debattelos erledigt.

§ 11 handelt von den Befugnissen des Urheberrechts. Abg. Hintelen (Centr.) beantragt hinzuzusetzen: „Das Urheberrecht an einem Bühnenwerk oder an einem Werk der Tonkunst enthält auch die ausschließliche Befugnis, das Werk öffentlich aufzuführen, an Andern ohne Drehscheibebegleitung jedoch nur dann, wenn sich der Urheber auf dem Titelblatt das Recht der Genehmigung des öffentlichen Vortrags vorbehalten hat.“

Abg. Richter (freis. Volksp.) beantragt, § 11 und § 27 mit einander zu verbinden.

Abg. Esche (nat.-lib.) begründet einen Antrag zu § 27, der sich von der Regierungsvorlage insofern unterscheidet, daß nach letzterer auch frei von der Genehmigung des Autors Auführungen sind, wenn sie von Vereinen veranstaltet und nur Mitglieder und die Angehörigen derselben als Hörer zugelassen sind.

Abg. Richter erklärt, die Verleger und Komponisten seien keineswegs ein Herz und eine Seele für die Begründung einer neuen großen Genossenschaft. Dr. v. Paaf-Weipzig, Vorsitzender des Musikalienverlegervereins, habe ihm geschrieben, daß er, Richter, mit seinem Widerspruch ganz im Rechte sei. Der neue Verband werde nur ein Kampfbündnis sein.

Staatssekretär Nieberding erklärt, er habe seiner Zeit ausdrücklich ausgeführt, daß die beabsichtigte deutsche Autoren-gesellschaft keine Kampfgesellschaft gegen die Verleger sein sollte, sondern, daß die Verleger dabei beizuhelfen seien sollen. — Wenn Dr. v. Paaf, der Inhaber der Firma Breitkopf und Härtel, die von Richter ausgegebene Stellung einnehme, müsse er sich sehr wundern, denn dieser Herr gerabe sei der Begründer der ersten Tantieme-Anstalt gewesen. (Hört, hört.) Er hat die einleitenden Schritte zur Gründung einer solchen Genossenschaft, wollte aber die Komponisten gänzlich ausschließen. (Hört, hört.) Darüber brach ein Streit zwischen den Verlegern und Komponisten aus, da diese die Verleger fest in ihren Händen behalten wollten. Die großen Musikalienfirmen verständigten sich darauf und erkannten den Komponisten das Recht zu, einen maßgebenden Einfluß in der Tantieme-Gesellschaft auszuüben. Wir wollen nicht eine solche Tantieme-Gesellschaft wie sie in Frankreich besteht, bei uns einführen, deshalb suchen wir in diesem Zusatz für die neu zu gründende Gesellschaft gewisse Vorkehrungen zu treffen.

Hierauf werden unter Ablehnung aller Anträge die §§ 11 und 27 in der Kommissionsfassung angenommen.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 1. Mai.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kronprinzen zu seinem Geburtsstage die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Urheber- und Verlagsrecht. § 12 bis 15 werden ohne Debatte angenommen. § 16 mit einer von Arendt beantragten Aenderung, sowie die §§ 17 bis 18 werden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Zu § 19 wurde ein Antrag Wellstein (Centr.), der bei der zweiten Lesung abgelehnt worden war, wieder aufgenommen, durch welchen Commerc- und Niederbücher geschützt werden sollen.

Die Vorgänge in China. Traurige Sätze.

SRK. Es ist mehr, als bloß eine bedauerliche Geschmacksverwirrung, daß die deutschen Witzblätter mit steigender Rücksichtslosigkeit unser chinesisches Expeditionscorps in Kontribution setzen, um ihre Spalten zu füllen. Von dem echten Humor, bei welchem im Grunde stets ein wohlwollendes Gemüth mitspricht, von guten Witz, über die auch der Betroffene herzlich mitlachen muß, ist in diesen Leistungen unserer satyrischen Zeichner und Verfasser nichts zu spüren. Dafür aber sind nur allzu oft in Wort und Bild Befundungen einer Gesinnung anzutreffen, die zwischen heiterer Ironie und boshafter Schadenfreude, zwischen harmlosem „Mik“ und berechneter Schmähsucht keine Grenze mehr kennt. Es ist ja nicht gerade gerichtlich strafbar, überschreitet aber doch das Maß des selbst für Witzblätter litterarisch Anständigen, wenn sogar die ernste Lebensgefahr, der unser hochverdienter Generalfeldmarschall Graf Waldersee vor kurzem glücklich entgangen ist, mit zügelloser Spottsucht in's Lächerliche verzerrt werden soll. Für alberne Witzereien dieser Gattung sollten uns unsere braven Truppen in Ostasien, vom ersten bis zum letzten Mann, zu gut sein. Nirgends wird man in französischen Witzblättern gegen die petits soldats des Generals Vohron, oder in englischen gegen die ostasiatischen Vertreter von Tommy Atkins läppische oder böswillige Karikaturen finden, wie sie in den entsprechenden deutschen Veröffentlichungen Graf Waldersee und seine Braven fast allwöchentlich über sich ergehen lassen müssen. Und wie bei uns die nationale Presse mit vollem Recht darüber wacht, daß keine unsere Soldaten verunglimpfende Bemerkung eines ausländischen Blattes ohne scharfe Zurückweisung bleibt, so sollte sie auch einmüthig die Forderung erheben: unsere ohnehin vielfach ungerecht angefeindeten China-

truppen und ihre Führer dürfen nicht für jede Laune eines Zeichners oder Reimschmieds vogelfrei sein!

(Telegramme.)

* Berlin, 30. April. Generalmajor v. Gajl, Oberquartiermeister beim Armeoberkommando in Ostasien wurde zum Chef des Generalstabes dieses Oberkommandos ernannt.

* Wien, 1. Mai. Der „Abendpost“ zufolge wurde das österreich-ungarische Marinedetachment in Peking auf 200, das in Tientsin auf 30 Mann reduziert.

* London, 1. Mai. Der „Standard“ meldet aus Tientsin vom 29. v. M.: Die Lage ist berartig, daß die fremden Truppenteile gegenwärtig nicht verringert werden dürfen. Chinesische Elitetruppen sollen in beträchtlicher Stärke bei Paotingfu stehen.

* London, 1. Mai. Die „Times“ melden aus Peking vom 29. v. M.: Das aus den Gesandten Englands, Frankreichs, Deutschlands und Japans gebildete Untercomité wird am Mittwoch Bericht über die Finanzlage Chinas mit Rücksicht auf die Zahlung der Entschädigungssumme vorlegen. Die Summe beläuft sich bereits auf 65 Millionen Pfund. Um dieselbe aufzubringen, wird sich China gezwungen sehen, eine Anleihe von mindestens 85 Millionen Pfund aufzunehmen, die zum Theil der Provinz Schihi, hauptsächlich aber den Provinzen des Südens und des Yangtsegebietes zur Last fällt.

* New-York, 1. Mai. Das Blatt „The Christian Herald“ wandte sich an Graf Waldersee mit der Bitte um die Erlaubnis, Lebensmittel nach Schansi senden zu dürfen.

* Peking, 1. Mai. Der Gouverneur von Schanji theilt Li-Hung-Tschang telegraphisch mit, 3000 Franzosen befänden sich, von 2000 bewaffneten eingeborenen Christen begleitet, innerhalb Schanjis und verurachteten große Noth und Verwirrung, wohin sie kämen.

* Peking, 1. Mai. In der gestern Früh stattgehabten Konferenz der Generale wurde beschlossen, den Gesandten mitzutheilen, daß Abmachungen betreffs Zurückziehung der Truppen möglich wären, wenn die Gesandten in der Lage seien, die von China als Gesamtentschädigung zu zahlende Summe anzugeben und sich die Chinesen zur Zahlung dieser Summe bereit erklärten. Ferner wurde beschlossen, den Chinesen zu gestatten allmählich die Verwaltung Pekings wieder zu übernehmen, bis die bürgerliche Gewalt wieder ganz in ihren Händen sei und von den Militärs nur passive Oberaufsicht ausgeübt werde.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 1. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog erteilte heute Vormittag von 10 Uhr an den nachgenannten Personen Audienz: Dem Oberamtmann Dr. Gülich, dem Oberbauinspektor Rühlenthal, dem Finanzinspektor Zimmermann, sowie den Amtmännern Schaible und Dr. Hartmann in Karlsruhe, dem Rentammann Ehrenmann von Salem, dem Sekretär Fischer in Karlsruhe; ferner den außerordentlichen Professoren an der Technischen Hochschule Dr. Mie und Dr. Disteli, den Professoren Specht in Karlsruhe und Künkel in Ettlingen, dem Oberrechnungsrath a. D. Marci und dem Oberbuchhalter Pechmann in Karlsruhe. Nach 12 Uhr meldeten sich zur Ueberreichung der Monatsrapporte Oberst von Ferno, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, Oberstleutnant von Schack, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Dräger-Regiments Nr. 20 und Major Franouz im 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 als Vertreter des beurlaubten Regimentskommandeurs. Hierauf meldete sich der Feuerwerks-Hauptmann Schulz bei der 28. Feld-Artillerie-Brigade.

Nachmittags nach 2 Uhr begaben sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin nach Baden zum Besuch der dort weilenden Fürslichkeiten und einer Einladung Seiner Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Michael Nicolajewitsch zur Abendtafel folgend. Ihre Königlichen Hoheiten beabsichtigen, um halb 9 Uhr Baden zu verlassen. Höchstwichtig werden auf dem Bahnhof mit dem um diese Zeit dort ankommenden Herzog von Sachsen-Mtenburg zusammentreffen.

Nachstehendes Schreiben ist uns aus dem Großh. Geheimen Kabinett zur Veröffentlichung gekommen:

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich im Allerhöchsten Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs mitzutheilen, daß der wesentliche und entscheidende Theil der am 27. v. M. von Seiner Königlichen Hoheit an die Abordnung der drei hiesigen Bürgervereine gerichteten Eröffnungen in der Veröffentlichung der „Karlsruher Zeitung“ vom 30. v. M. richtig wiedergegeben worden ist. Seine Königliche Hoheit der Großherzog können die von den Herren Mitgliedern der Abordnung ausgehenden, in den Zeitungen erschienenen Berichte über den Inhalt höchstüher Äußerungen als zutreffend und sinngemäß nicht anerkennen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ergebener
(gez.) Frhr. von Babo,
Vorstand des Großh. Geheimen Kabinetts.
Karlsruhe, den 1. Mai 1901.

Er. Hochwohlgeboren
Herrn Rechtsanwalt Dr. Ludwig Schuetter
hier.

** Die Einnahmen der von Privatgesellschaften betriebenen badischen Nebenbahnen betragen im Monat März 1901.

Bezeichnung der Nebenbahn-Linie	Aus dem Vorjahre		Aus dem laufenden Jahre		sonstige Quellen	Summe	vom Beginn des Betriebsjahres an
	M.	M.	M.	M.			
A. Betriebsjahr vom 1. April 1901 ab.							
Mannheim - Weinheim - Heidelberg - Mannheim gegen 1900	32 022	28 786	700	61 508	734 425		
	+ 3 727	+ 1 190	+ 416	+ 5 333	+ 52 978		
Karlsruher Lokalbahnen gegen 1900	14 646	1 342	—	15 988	207 891		
	15 022	1 230	1	16 252	220 151		
	- 376	+ 112	—	- 264	- 12 260		
Jahre-Oldenburg gegen 1900	2 868	2 680	257	5 805	78 098		
	2 566	2 919	185	5 670	76 001		
	+ 302	- 239	+ 72	+ 135	+ 2 097		
Rehligtenan-Bühl gegen 1900	9 926	3 083	446	13 455	164 311		
	9 914	3 186	346	13 406	159 288		
	+ 12	- 53	+ 100	+ 49	+ 5 023		
Rehligtenan-Oldenburg und Altenheim-Oldenburg gegen 1900	8 802	3 511	1 491	13 804	177 270		
	+ 596	- 3 870	+ 1 181	- 2 093	- 2 830		
Rehligtenan-Oldenburg gegen 1900	4 431	4 832	385	9 648	116 268		
	3 834	5 570	408	9 812	119 449		
	+ 597	- 738	- 23	- 164	- 3 181		
Kaiserstuhl gegen 1900	7 276	12 761	250	20 287	267 644		
	6 347	15 494	184	20 025	222 998		
	+ 929	- 2 733	+ 66	+ 262	+ 44 646		
Oldenburgmühlbach gegen 1900	1 986	2 213	201	4 400	48 436		
	1 527	4 123	310	5 960	52 862		
	+ 459	- 1 910	- 109	- 1 560	- 4 426		
Freisingen - Staufen - Sulzburg gegen 1900	2 339	2 011	253	4 603	60 332		
	2 028	1 881	269	4 178	57 019		
	+ 311	+ 130	- 16	+ 425	+ 3 313		
Mühlbach-Badenweiler gegen 1900	2 689	334	172	3 195	66 819		
	2 433	275	198	2 906	66 086		
	+ 256	+ 59	- 26	+ 289	+ 733		
Hallingen-Bandera gegen 1900	3 862	2 995	367	7 194	91 255		
	3 436	3 133	289	6 858	89 300		
	+ 426	- 138	+ 48	+ 336	+ 1 955		
Jell-Tablitz gegen 1900	3 827	6 375	85	10 287	131 295		
	3 650	6 277	52	9 979	125 196		
	+ 177	+ 98	+ 33	+ 308	+ 6 099		
Donauinseln - Furmannen (Bregenthalbahn) gegen 1900	5 085	7 113	374	12 276	192 021		
	4 903	9 984	459	14 970	200 992		
	+ 182	- 2 871	- 85	- 2 694	- 8 971		
B. Betriebsjahr vom 1. Januar 1901 ab.							
Freisingen - Staufen - Sulzburg gegen 1900	8 475	4 454	116	13 065	32 474		
	6 521	2 184	70	8 775	25 239		
	+ 1 954	+ 2 270	+ 46	+ 4 290	+ 7 235		
Karlsruhe - Ettlingen - Gerrensau u. Ettlingen - Staufenbahn bis Ettlingen - Sulzbach gegen 1900	24 002	5 574	329	29 905	79 312		
	21 999	4 580	423	27 002	76 219		
	+ 2 003	+ 994	- 94	+ 2 903	+ 3 093		
Bühl-Büchel gegen 1900	1 353	3 383	7	4 743	13 135		
	1 178	3 684	18	4 880	13 420		
	+ 175	- 301	- 11	- 137	- 285		

* Vom 1. Mai ab sind im Verkehr mit Montenegro gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen bis zum Meißbetrage von 1 000 Franken und im Verkehr mit Brasilien gewöhnliche Postanweisungen bis zum Meißbetrage von 500 Franken zulässig. Zu den Postanweisungen nach Montenegro und Brasilien ist das für den internationalen Verkehr vorgeschriebene Formular zu verwenden, dessen Abschnitt zu schriftlichen Mittheilungen benutzt werden kann. Der Betrag ist sowohl bei Postanweisungen nach Montenegro als auch bei solchen nach Brasilien in Franken anzugeben; die Auszahlung erfolgt in Montenegro entweder in Franken oder in österreichischem Gelde, in letzterem Falle nach dem amtlichen Kurse; in Brasilien in der Landeswährung unter Berücksichtigung des Tageskurses. Die vom Absender zu entrichtende Postanweisungsgebühr berechnet sich für Beträge bis 80 M. mit 20 Pf. für je 20 M. und für überschreitende Beträge mit 20 Pf. für je 40 M. Ueber die sonstigen Bedingungen erteilen die Postanstalten Auskunft.

(Die Entscheidung über das Bismarck-Denkmal.) Gestern trat das Bismarck-Denkmalcomité im Rathhaussaal zur Beschlußfassung über die Anträge des engeren Ausschusses zusammen. Nach längerer Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten, die eine große Majorität (wie wir hören 44 gegen 6 Stimmen) in dem Antrag ergab, der Herrn Professor Moest die Ausführung des Denkmals überträgt. Der hierdurch zur Annahme gelangte Antrag hat folgenden Wortlaut: „Es wolle die Ausführung des Bismarck-Denkmal nach dem auslastlich gefertigten Entwurf dem Herrn Professor Moest hier unter der Bedingung übertragen werden, daß er unter Berücksichtigung der in dem Sachverständigenprotokoll vom 21. v. M. und in dem Separatprotokoll des Herrn Professors Dr. v. Dechelhäuser vom 10. d. M. gegen die Sodelntwürfe erbobenen Einwendungen einen neuen Entwurf für den Sodelt ausarbeite.“

E.W. (Die Generalversammlung des Badischen Kunstvereins) hat am 20. April, zum erstenmal im neuen Gebäude stattgefunden. Der Bericht über die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1900 kam zur Genehmigung, dankbar konnte darauf hingewiesen werden, daß die von Vereinsthätigern eingegangenen außerordentlichen Beiträge es gestattet haben, einen nicht unbedeutenden Theil der Ausgaben für die innere Ausrüstung der neuen Räume zu decken. Die Zahl der ordentlichen Vereinsmitglieder ist mit Ende April auf 1470 gestiegen; außerdem wurden 333 Jahreskarten zu 2 M. für Studierende gelöst. Zur Verlosung von Anrechtsscheinen wurden verwendet 7 300 Mark, der Ueberschuss an Kunstwerken durch Vermittelung des Kunstvereins stellte sich im Laufe des letzten Jahres auf 18 300 M. Zur Ausstellung kamen im Jahre 1900 im ganzen 1586 Ge-

milde, 54 plastische Kunstwerke, 157 Aquarelle und Zeichnungen, 170 Radierungen, Lithographien etc., dazu eine nicht unbedeutende Anzahl kunstgewerblicher Gegenstände.

* **Deutscher Verein für Volkshygiene**, Ortsgruppe Karlsruhe. Freitag den 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, wird Herr Dr. Harz im großen Rathhauseaal einen Vortragsabend über: „Die Entstehung und Verhütung der Tuberkulose mit besonderer Berücksichtigung der Tuberkulose des Kindes“ halten.

* **Der Verein Volkshygiene** veranstaltet am Sonntag den 5. Mai, Nachmittags 1 Uhr, eine Volksvorstellung im Groß-Hoftheater. Zur Aufführung kommt die vorzügliche Oper „Gar und Zimmermann“.

— (Auf der Konferenz der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen in München) am 6. und 7. Mai wird, wie man uns mitteilt, die Frage der Fürsorge für die schulentlassene männliche gewerbliche Jugend in der Weise behandelt werden, daß sie nach einleitenden allgemeinen Referaten von Herrn Pastor Frisch und Herrn Generalsekretär Dr. Pieper in fünf Hauptgruppen, die sich wieder in eine Reihe Unterabteilungen gliedern, diskutiert wird. Die Hauptgruppen sind: Unterbringung, Behandlung und Verpflegung, Ueberwachung (Erziehung), Unterricht und Erholung. Die Konferenz wird diesmal besonders zahlreich von Fachmännern besucht sein. Das Reichsversicherungsamt, die Königlich preussischen Ministerien des Innern, für Handel und Gewerbe und für Kultus, ferner die Regierungen zahlreicher Bundesstaaten und 22 Stadtverwaltungen haben bisher Vertreter, letztere zum Teil aus den Schulverwaltungen, angemeldet. Zahlreich wird auch die Beteiligung von Seiten der Vereine und Industriellen.

— (Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 27. April.) Vorliegender: Landgerichtsdirektor Weizel. Vertreter der Groß-Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm. Wegen eines am 30. November in Forstheim verübten Betrugs wurde der schon öfter vorbestrafte Reisende Gustav Kuhfuß aus Dachau, der sich am Abend des 19. Februar auf dem Hauptbahnhof in Forstheim zwischen verschiedenen Personen abspielte, verurteilt, der 18 Jahre alte Goldarbeiter Jakob Krauß aus Unterlangenhardt der Ehefrau des Kaufmanns Sadler ohne Anlaß mehrere Stücke in den Taschen zu entnehmen. Die Verurteilung war erheblich und haben voraussichtlich die dauernde Abkümmerung der rechten Hand der so schwer mißhandelten Frau zur Folge. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis. — Der Kettenmacher Rudolf Zimmer aus Forstheim, der sich des Diebstahls und der Unterschlagung schuldig gemacht, erhielt drei Monate eine Woche Gefängnis, abzüglich einem Monat einer Woche Untersuchungshaft. — Zwei Zwangsgefangene der Anstalt Weisingen, der 18 Jahre alte Reinhold Albert Berger aus Freiburg und Maximilian Friedrich Kräuter aus Forstheim, die am 2. März aus der Anstalt entwichen waren, hatten sich wegen Diebstahls zu verantworten, den sie am gleichen Tage in Weitingen verübten. Berger wurde mit drei Monaten, Kräuter mit einem Monat Gefängnis bestraft.

* **B.N. Mannheim**, 30. April. Der verhaftete Aufsichtiger Graf aus Wundenheim, Bahnbediensteter an der Pfälzischen Eisenbahn, wurde gestern Nachmittag in das Amtsgefängnis abgeliefert. Der Verbrecher hat ein volles Geständnis abgelegt.

* **Freiburg**, 30. April. Nach der „Beilage Btg.“ haben sich bei der am 29. April stattgehabten Zimmatrikulation 387 Studierende eingeschrieben: 8 in der theologischen, 228 in der rechts- und staatswissenschaftlichen, 85 in der medizinischen und 66 in der philosophischen Fakultät. Unter den Zimmatrikulierten befinden sich drei Frauen.

* **B.N. Emmendingen**, 30. April. Am 19. Mai findet hier die Hauptversammlung des Badischen Schwarzwaldbundes statt. Die Tagesordnung ist folgende: Jahres- und Rechenschaftsbericht für 1900; Beratung und Beschlußfassung über die Monatsblätter; Vorschlag für 1901; Der für die nächstjährige Hauptversammlung. Samstag den 18. Mai findet Abends ein Begrüßungsabend im Gasthaus zur „Post“ statt. Am Sonntag den 19. Mai ist Empfang der Gäste; am Montag den 20. Mai ist Empfang im Rathhauseaal; Mittags halb 3 Uhr ist Festessen im Bunkischen Gartenloale am Bahnhof. Montag den 20. Mai ist ein Ausflug nach Bad Rixenhalden geplant.

* **B.N. Donaueschingen**, 30. April. Um 3 Uhr 40 Minuten ist gestern Seine Durchlaucht der Fürst zu Fürstentum mit Höchstseiner Familie von Wien aus hier eingetroffen. Seine Majestät der Deutsche Kaiser wird, wie verlautet, anfangs nächster Woche zum Besuch bei den fürstlichen Herrschaften eintreffen und wahrscheinlich drei Tage verbleiben.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

* **London**, 30. April. Die Kommission, die zur Beratung der Entschädigungsforderungen der aus Südafrika als Geiseln in den Händen der Eingekerkerten, hielt heute ihre erste Beratung ab.

* **Bloemfontein**, 30. April. Der Bericht der Friedenskommission, die nach dem Kap gegangen sind, um den Südafrikanern zu bewegen, die Buren zur Ergebung zu überreden, ist veröffentlicht. Nach diesem Bericht ist die Mission vollständig gescheitert.

* **Grado**, 1. Mai. Während der letzten Tage sind große Anstrengungen gemacht worden, um einen Gorden um die Burenfreikräfte in den mittleren Gebieten der Kapkolonie zu ziehen. Diefelben umfassen 160 Mann in Swerberg unter Scheepers, 40 Mann unter Malan. Von diesen heißt es, daß sie nach Norden abziehen, ferner 60 Mann unter Swaneepool bei Neu Betheda und einige 100 Mann unter Fouche bei Zuurberg. Man glaubt, daß Krüger innerlich einer Woche den Drang überwinden wird. Major Crewe hatte vor einigen Tagen zwei Gesandte mit Fouche, bei welchen sich letzterer jedes Mal mit Verlust zurückzog. Kleinere Zusammenstöße finden täglich statt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin**, 1. Mai. Seine Majestät der Kaiser traf gestern um halb 6 Uhr Abends hier wieder ein.

* **Berlin**, 1. Mai. Die Abendblätter melden aus der gestrigen Sitzung der Kanal-Kommission: Minister Thiele sprach sich gegen den Antrag Engelbrecht aus. Der Nordkanal sei nicht geeignet, den Mittelkanal zu ersetzen. Die Staatsregierung sei nicht in der Lage, darauf einzugehen; es sei vielmehr die Aufgabe Hamburgs, den Nordkanal vorzubereiten, da er für Preußen nicht von besonderer Bedeutung sei.

* **Deffau**, 1. Mai. Seine Hoheit der Herzog hatte gestern Morgen ein stärkeres Ohnmachtsanfall. Am Abend waren die Folgen fast geschwunden.

* **Deffau**, 1. Mai. Der heute über das Befinden seiner Hoheit des Herzogs ausgegebene Krankheitsbericht besagt: Befinden nicht wesentlich verändert. Schwäche der linken Körperhälfte besteht fort.

* **Lemberg**, 30. April. Heute fanden keine Arbeiterversammlungen, jedoch keine Ruhestörungen statt. Wegen der gestrigen Ausschreitungen sind 22 Personen verhaftet.

* **Paris**, 1. Mai. Dem „Siecle“ zufolge besteht in diesem Finanz- und Industriekreis die Absicht, eine umfassende Aktion zu unternehmen, um der russischen Industrie zu Hilfe zu kommen und die in derselben angelegten Kapitalien zu retten.

* **Leus**, 1. Mai. Der Ausschuss der Bergarbeiter-Syndikate des Departements Pas de Calais hat eine Resolution gefaßt, worin derselbe erklärt, er könne sich im Hinblick darauf, daß von 162 000 Bergleuten nur 25 000 für der Gesamtzustand sich ausgesprochen haben, nicht die schwere Verantwortung ausüben, die Dienstordnung zum Streit zu erlassen, die übrigens kein Gehör finden würde.

* **Brüssel**, 1. Mai. Die Deereskommission hat folgende Beschlüsse gefaßt: Das Heer rekrutiert sich aus Freiwilligen und jährlich Ausgehobenen. Den Freiwilligen werden besondere Vergünstigungen gewährt. Die Stellvertretung wird aufgehoben, der Militärdienst ist persönlich abzuliefern. Die Dienstdauer wird herabgesetzt. Der jetzige Friedens-Effektivbestand wird beibehalten. Der Kriegseffektivbestand beträgt 180 000 Mann.

* **Rom**, 1. Mai. Die Kammer nahm ihre Arbeiten wieder auf. Präsident Villa erklärte, er nehme seine Entlassung infolge des ihm vom 30. März erhaltenen Vertrauensvotums zurück. Das Haus nahm die Erklärung zustimmend auf.

* **Rom**, 30. April. Senat. In Beantwortung der Interpellation Arribas über Arbeitsverhältnisse in ländlicher Arbeiter in der Provinz Mantua erklärte der Minister des Innern, es handle sich um eine Bewegung, die die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ziele habe. In diesem Kampfe dürfe die Regierung weder die Partei des einen noch des anderen ergreifen, sondern nur dafür sorgen, daß jeder Partei ihre Freiheit gewahrt bleibe. Niemand werde ein gewaltsames Vorgehen gegen solche Vereinigungen dulden, die sich bei ihren Bestrebungen innerhalb der Grenzen des Gesetzes halten.

Nach längerer Debatte wird folgende von der Regierung genehmigte Tagesordnung einstimmig angenommen: Der Senat ist von der Nothwendigkeit überzeugt, daß die Regierung Präventivmaßregeln zum Schutze der Freiheit der Arbeit gegen die Parteien des Unruhstages ergreife, und geht deshalb zur Tagesordnung über. (Lebhafter Beifall.)

* **London**, 30. April. Unterhaus. Cranborne erklart auf Anfrage: Der Regierung ging eine Meldung von einem Einbruch französischer Truppen in marokkanisches Gebiet zu. Die französische Regierung erklärte im Gegentheil mehr als einmal, daß die jüngsten Operationen an der östlichen Grenze Marokkos keinerlei Feindseligkeit gegen Marokko bedeuten, sondern den Zweck verfolgten, Angriffe der an der Grenze hausenden Nomadenstämme zu verhindern.

* **London**, 30. April. In einem Schreiben an den Herausgeber der „Gas World“ erklärt der Schatzkanzler Hicks-Bach, Roths falls gleichfalls unter den Kohlenausfuhrroll.

* **St. Petersburg**, 30. April. Zur Abreise Delcassés schreibt die „Nowoje Wremja“: Man kann hoffen, daß nach dem Besuche Delcassés in St. Petersburg die Gerüchte über Mißverständnisse, die in der letzten Zeit die gegenseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland angeblich verdußert hätten, verstimmen werden. Die Enge des französisch-russischen Bündnisses sei nicht nur auf politischer, sondern auch auf wirtschaftlicher Basis aufgebaut. Die Franzosen befänden sich in einem großen Theil russischer Staatsverträge, außerdem sollen sie an belgischen industriellen Unternehmungen in Rußland mit einer halben Milliarde Franken theilhaftig sein. Die von diesen Unternehmungen durchlebte Krisis habe den französischen Kapitalisten beschuldigen die Regierung, die guten Beziehungen zu Rußland nicht genügend gepflegt zu haben. Die Reise Delcassés sei somit auch in dieser Beziehung sehr gelegen gekommen. Das Blatt erklärt schließlich, es sei anzunehmen, daß in der Gruppierung der Mächte Veränderungen eintreten werden, da neue Kombinationen in Aussicht seien. So seien Oesterreich und Italien jetzt längst nicht mehr von dem Bewußtsein der Nützlichkeit eines Bündnisses mit Deutschland durchdrungen (?). Auch die Stellung Englands zu den europäischen Kleinstaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika erfuhr in letzter Zeit Veränderungen, daher sei es in diesem Augenblick von besonderer Wichtigkeit gewesen, das feste Fortbestehen des Zweibundes deutlich zu beweisen.

* **Algier**, 1. Mai. Die Veranlassung zu dem gestern Abend stattgehabten blutigen Krawall war, wie berichtet wird, folgende: Der Redakteur des Blattes „Revanche du peuple“, Laberdeque, hatte dem Mar Régis infolge einer Pressepolemik eine Duellforderung überreicht. Das Duell wurde jedoch verworfen, da Régis sich die Hand verstaucht hatte. Gestern Abend trat nun Laberdeque auf Mar Régis zu und verhöhnte ihn. Der Bruder des Mar Régis schlug darauf Laberdeque mit der Faust ins Gesicht. Dies gab das Zeichen zu einem allgemeinen Handgemenge, in dessen Verlauf die Brüder Régis durch Revolverkugeln verundet wurden. Ein Sozialist und ein Jude wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Man befürchtet heute weitere Ruhestörungen. — Weiter wird gemeldet: Régis erhielt zwei Revolverkugeln, welche den Schädel trafen, er verlor jedoch nicht die Besinnung. Die wüthende Menge drang in das Restaurant ein, wobei die Gegner Régis sich lösteten. Die Polizei hatte Mühe, sie zu schämen. Vor der Apotheke, wohin die Verwundeten gebracht wurden, sammelte sich eine große Menge an. Eine Person wurde durch zwei Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

* **Albany**, 1. Mai. Der Herzog und die Herzogin von Cornwallis-York sind gestern Abend an Bord des „Dphir“ hier eingetroffen.

Verschiedenes.

† (Französische Kunstausstellung in Stuttgart.) Von sachkundiger Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Die Ausstellung französischer Kunst im Museum der bildenden Künste zu Stuttgart beginnt allmählich auch in weiteren Kreisen Deutschlands die Beachtung zu finden, welche sie verdient, macht sie uns doch mit ihren 640 Nummern mit einer Reihe meistbewunderter und meistunfritterer Meister moderner französischer, speziell Pariser Kunst bekannt. So sind u. a. mit charakteristischen Werken vertreten die Maler Benjamin-Constant, Desjard, Mas, Gajin, Cottet, Diaz, d'Espagnat, Denner, Mauvois, Moret, Monet, Pissarro, Rops, Sisley; die Graphiker Jourdain, Maurin, Puitton, Roux-Champton; die Plastikern Juguon, Rodin, Rott u. f. w. Besondere Bemerkung erregen die Arbeiten in Edelmetall von Salique, Dalpayrat, Colin, Bouchet de Moubet, sowie die Töpferarbeiten von Moreau-Mélaton, Millet u. a. Wenn naturgemäß auch nicht alles auf gleicher künstlerischer Höhe stehen kann, so vermittelt uns diese Ausstellung, welche bekanntlich ihre Entstehung den Bemühungen des Stuttgarter Galerieleiters Sier und des französischen Konsuls Besadre verdankt, doch einen höchst interessanten Einblick in modernes französisches Kunstschaffen. Die Ausstellung ist bis Ende Mai geöffnet.

† **Berlin**, 30. April. Das Deutsche Hilfscomité für Ostasien hielt eine Sitzung des engeren Ausschusses unter Vorsitz Seiner Durchlaucht des Herzogs von Ratibor ab. Der Generalsekretär Herr Emil Selberg berichtete, daß bis jetzt etwa 1 148 579 M. eingegangen seien, wovon etwa 10 Proz. an das Centralcomité der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz und 250 000 M. an das Kriegsministerium, Reichsmarineamt und Bayerische Hilfscomité überwiesen wurden. Es wurden für Unterbringen von Invaliden des Krieges 15 000 M. und ein gleicher Betrag für ähnliche Zwecke in Tlingtau bewilligt. Ferner wurde beschlossen, einzelne wichtige Gegenstände für die Truppen in China, welche nicht zur Ausrüstung gehören, zu beschaffen. Es haben sich an den Sammlungen in letzter Zeit namentlich die Deutschen im Auslande beteiligt. So sind Beträge eingegangen, gesammelt von den Konsulen in Kalkutta, Monrovia, Liberia, Valencia, Madrid, Mariupol, Hammerfest, Havre, Tanger, Mexiko, Budapest, Sofia, Peking, San Felix de Guipuzcoa, Casablanca, Stockholm, Arensburg, Neapel, Hiozo Jajazig (Egypten), Middleborough, Cincinnati, Montevideo, Batu und Florianopolis (Brasilien). Auch die Deutschen in London haben die Summe von 11 260 M. an Seine Königl. Hoheit den Prinzen Heinrich von Preußen für das Comité überwiesen. Das Rheinische Hilfscomité hat bis jetzt 249 919 M., das Reichslandische Hilfscomité 10 651 M. 48 Pf., das Frankfurter Hilfscomité 48 689 M. 7 Pf. überwiesen. Zwar ist das Resultat dieser Sammlungen sehr erfreulich, jedoch, um den Anforderungen nur einigermaßen zu genügen, ist es dringend notwendig, auch fernerhin die Sammlungen fortzusetzen und weitere Beträge einzusenden. Alle Mittheilungen sind zu richten an den Generalsekretär Herrn Emil Selberg in Berlin, Kronstraße 9.

† **Berlin**, 1. Mai. (Telegr.) Die gestrige Hauptversammlung der Comenius-Gesellschaft hat unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern aus den Provinzen, sowie aus Oesterreich und Holland stattgefunden. Den Hauptvortrag hielt Professor Wolff über die Idee der Kaiser Wilhelm-Bibliothek in Posen.

† **Berlin**, 1. Mai. (Telegr.) Das Verfahren gegen die Direktoren der preussischen Hypothekbank, v. Sanden und Genossen, gelang voraussichtlich vor den Geschworenen zur Aburtheilung.

† **Chemnitz**, 1. Mai. (Telegr.) Bei einem Brande in Eintracht sind gestern Abend vier Personen verbrannt.

† **Griesheim**, 1. Mai. (Telegr.) Von den infolge der Explosion noch vermissten sieben Personen sind bis jetzt fünf todt aufgefunden worden.

† **Paris**, 1. Mai. (Telegr.) Wie aus Besancon berichtet wird, wurde der Kassirer und Administrator der Gütenwerte der Francocomté, Bonnesroy, wegen Veruntreuung von 1 300 000 Francs verhaftet.

† **Paris**, 1. Mai. (Telegr.) Aus Comenethy wird gemeldet, daß der Untersuchungsrichter die Ueberzeugung von der Unschuld des Kellners Jamanowitsch gewonnen habe. Jamanowitsch soll nachgewiesen haben, daß er mit den wegen Betraths von Fabrikgeheimnissen verhafteten Arbeitern niemals irgendwelche Verbindung unterhalten habe.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 2. Mai. Abth. C. 53. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Zum ersten Male wiederholt: „Violetta“ (La Traviata), Oper in 3 Aufzügen nach dem Italienischen des F. R. Biave, Musik von G. Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Freitag, 3. Mai. Abth. A. 54. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Ein Sommernachtstraum“, phantastisches Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare, überfetzt von Schlegel, mit Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 4. Mai. Abth. B. 54. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Nathan der Weise“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von G. E. Lessing. — „Der Tempelherr“: Hans Rodius vom Königl. Theater in Wiesbaden als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 5. Mai. Abth. A. 55. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Zum ersten Male: „Blackschmann als Erzieher“, Komödie in 3 Aufzügen von Otto Ernst. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 1. Mai 1901.

Die Luftdruckvertheilung ist im wesentlichen die gleiche, wie am Vortage. Hoher Druck bedeckt Nordosteuropa, niedriger dagegen das ganze übrige Gebiet, hier sind flache Minima vor dem Kanal über Nordwestdeutschland und über Ungarn zu erkennen. Das Wetter ist trüb und unbeständig, jedoch vorwiegend trocken. Die Temperaturen liegen besonders im Süden des Reiches ziemlich tief. Etwas wärmeres und veränderliches Wetter mit vereinzelten Gewitterregen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

April	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Dimmet
30. Nachts 9 ^u 11.	752.9	10.2	6.5	70	W	bedeckt
Mai						
1. Morgs. 7 ^u 11.	754.4	6.6	6.2	85	SW	heiter
1. Mittags 2 ^u 11.	753.9	15.0	5.2	41	W	heiter

Höchste Temperatur am 30. April: 13.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.8.
Niederschlagsmenge des 30. April: 0.0 mm.
Wasserstand des Rheins. Max. 1. Mai: 4.89 m, gefallen 1 cm.
Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

